

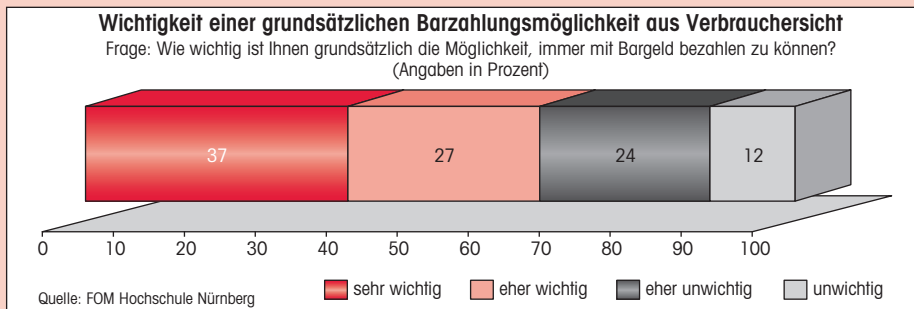
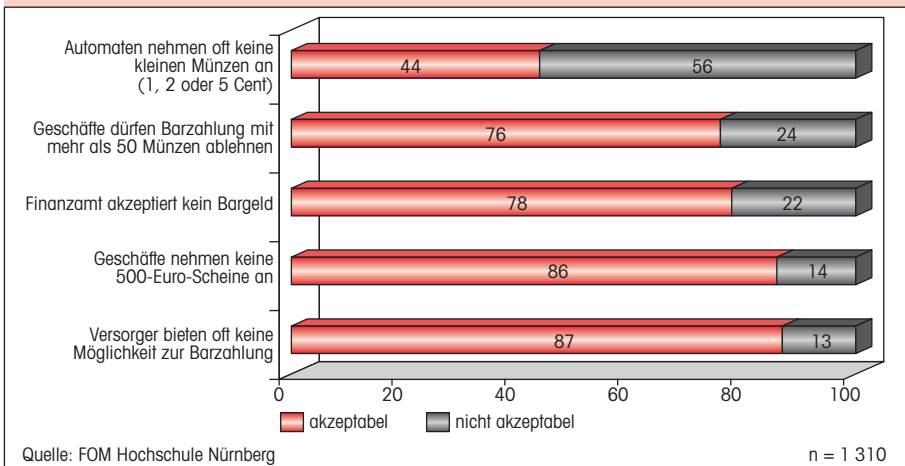
Marktforschung

Bargeldabschaffung – bitte nur „light“

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen lehnt eine Abschaffung des Bargeldes ab; 81 Prozent waren es laut einer Ende November veröffentlichten Umfrage der Nürnberger FOM Hochschule für Oekonomie und Management unter 1 300 Berufstätigen im Alter von 17 bis 57 Jahren. Die Gründe für Barzahlung sind die bekannten: 71 Prozent halten die Barzahlung für sicherer, 76 Prozent schätzen die höhere Selbstkontrolle. 64 Prozent der Probanden bezeichnen es deshalb als sehr wichtig oder eher wichtig, überall mit Bargeld bezahlen zu können.

Aber: 86 Prozent finden das bargeldlose Bezahlen bequemer. Zumindest bei mittelgroßen Transaktionen des täglichen Lebens können sich neun von zehn Befragten das bargeldlose Bezahlen gut vorstellen: 93 Prozent für den Kauf von Möbeln oder Fernseher oder das Bezahlen an der Tankstelle, 88 Prozent beim Einkauf im Supermarkt. Das bargeldlose Bezahlen im Restaurant ist für 80 Prozent gut vorstellbar, der bargeldlose Parkscheinkauf mit 54 Prozent immerhin noch für eine Mehrheit der Befragten.

In Deutschland bestehende faktische Einschränkungen der Bargeldnutzungsmöglichkeiten aus Verbrauchersicht (Angaben in Prozent)



Ab Beträgen von 5 bis 10 Euro ist das Bezahlen ohne Bargeld für jeden Zweiten gut vorstellbar, ab 10 Euro steigt die Quote auf 67 Prozent, ab 25 Euro auf 78 Prozent und bei Beträgen zwischen 50 und 100 Euro auf 85 Prozent. Am höchsten ist die Bereitschaft, bargeldlos zu bezahlen, bei Beträgen zwischen 100 und 500 Euro (91 Prozent).

Mit diesen Zahlen deckt sich die Erkenntnis, dass die Verbraucher sich zwar eine Abschaffung des Bargelds nicht vorstellen könnten, gewisse Beschränkungen, wie sie im Ausland bereits eingeführt wurden, jedoch durchaus akzeptieren würden – wengleich der Anteil derer, die sich eine Übertragung solcher Vorschriften auf

Deutschland vorstellen können, generell unter der Quote jener Verbraucher liegt, die die entsprechenden Regelungen für akzeptabel halten.

Am höchsten wäre der Studie zufolge die Akzeptanz für ein Barzahlungsverbot bei der Miete, wie sie in Italien gilt. 80 Prozent halten das für akzeptabel, 79 Prozent könnten sich das für Deutschland auch vorstellen.

Ein Barzahlungsverbot bei Beträgen über 1 000 Euro wie in Frankreich und Portugal finden 70 Prozent akzeptabel, 66 Prozent könnten es sich hierzulande vorstellen.

Auch der Verzicht der USA auf den Druck von Banknoten im Wert von über 100 Dollar findet noch eine deutliche Mehrheit von 67 Prozent akzeptabel, 59 Prozent halten das für übertragbar auf Deutschland.

Dass kleine Geschäfte, Kioske oder Cafés künftig kein Bargeld mehr annehmen müssen, wie es in Dänemark erwogen wird, überzeugt hierzulande hingegen nicht einmal jeden Dritten (31 Prozent „akzeptabel“, 26 Prozent „für Deutschland auch vorstellbar“).

Dass viele Automaten schon heute keine kleinen Münzen annehmen, findet eine

Mehrheit von 56 Prozent nicht akzeptabel – ein Indiz dafür, dass die angebotenen Varianten der bargeldlosen Zahlung an dieser Stelle die Verbraucher noch nicht überzeugen.

Anders sieht es aus, wenn Geschäfte keine 500-Euro-Scheine annehmen. Das empfinden nur 14 Prozent als nicht akzeptabel, lediglich 4 Prozent fühlen sich dadurch stark eingeschränkt. Ganz ähnlich wird es empfunden, wenn Versorgungsunternehmen oder das Finanzamt die bargeldlose Zahlung verlangen.

Generell können sich fast drei Viertel (73 Prozent) der Deutschen eine Obergrenze für Bargeldgeschäfte vorstellen – über die richtige Höhe herrscht hingegen Uneinigkeit. 16 Prozent befürworten eine solche Obergrenze bereits bei 500 Euro, 25 Prozent plädieren für 1 000 Euro und 15 Prozent für 2 500 Euro. Die Abschaffung des 500-Euro-Scheins den 67 Prozent der Befragten befürworten, bei der 200-Euro-Banknote wären es nur 46 Prozent.

Diese Ergebnisse belegen einmal mehr, dass die Verbraucher die Wahl haben möchten, wann und wo sie mit welchem Zahlungsmittel bezahlen. Einschränkungen der Bargeldakzeptanz werden nur dort akzeptiert, wo der Wunsch nach Barzahlung ohnehin kaum besteht beziehungsweise die Barzahlung als umständlich empfunden würde. Die Politik tut also gut daran, gesetzliche Eingriffe, sollten sie denn geplant werden, auf diese Bereiche zu konzentrieren und das Kleingeld erst einmal unangetastet zu lassen. Schließlich zeigen die Ergebnisse auch, dass man an dieser Stelle getrost auf den natürlichen Wandel in den Zahlungsgewohnheiten vertrauen kann. **Red.**